



Ihr Glaube ist vielen MuslimInnen wichtig. Um einen erkennbaren Schritt in Richtung Gleichbehandlung von Islam mit evangelischer und katholischer Kirche zu machen, plädieren die Grünen für einen Staatsvertrag mit Bremer IslamvertreterInnen.

Den Islam einbürgern

Um bei der Integration voranzukommen, setzen sich die Grünen für die Gleichbehandlung des Islam ein. Ebenso wichtig ist aber auch, dass sich MuslimInnen mehr einbringen.

Über 40.000 MuslimInnen leben mittlerweile in Bremen, ihr Bevölkerungsanteil liegt bei fast zehn Prozent. Der selbstverständliche Umgang mit ihnen muss zur Normalität werden. Dafür setzt sich die Fraktion ein. „Wir brauchen mehr Teilhabe von MuslimInnen, wenn wir das Schnecken tempo bei der Integration überwinden wollen. Für die erfolgreiche Integration muss sich die Muttergesellschaft gegenüber dem Islam öffnen und die kulturellen Unterschiede respektieren. Dies gilt insbesondere für Schulen und Universitäten, aber auch für Kindertagesstätten. Zugleich verlangen wir diese Öffnung auch von den MuslimInnen, die sich mehr am gesellschaftlichen Leben beteiligen müssen. Das reicht vom Besuch des Elternabends bis zum Engagement im Betriebsrat. Schließlich führt das aktive Mitmachen das Schlagwort von der ‚Parallelgesellschaft‘ ad absurdum“, betont die migrationspolitische Sprecherin Zahra Mohammadzadeh.



In ihren ‚Leitlinien zur Islampolitik in Bremen‘ sprechen sich die Grünen für die Gleichbehandlung des Islam mit der evangeli-

schen und katholischen Kirche aus. Ein erkennbarer Schritt in diese Richtung wäre der Abschluss eines Staatsvertrages mit der islamischen Religionsgemeinschaft Schura, die die meisten in Bremen existierenden Strömungen des Islam bündelt. Zudem soll der Unterricht in Biblischer Geschichte durch einen für alle SchülerInnen gemeinsam verbindlichen Unterricht über Religionen ersetzt werden, um auch dort die Ungleichbehandlung zu beseitigen.

Die Grünen fordern ferner die Ausbildung von Imamen an Universitäten in Deutschland. „Gerade weil Religion den Menschen eine Orientierung bei der Bewältigung ihrer Alltagsprobleme gibt, müssen Imame die hiesigen Verhältnisse kennen. Dafür ist es unverzichtbar, dass sie Deutsch sprechen und hier ihre Ausbildung durchlaufen“, so Zahra Mohammadzadeh.

@ Das gesamte Positionspapier kann auf www.gruene-fraktion-bremen.de herunter geladen werden.

grün: intern

Mehr MigrantInnen ins Lehramt

Menschen aus über 150 Ländern leben in Bremen. In manchen Stadtteilen haben schon über 50 Prozent der SchülerInnen einen Migrationshintergrund. Lehrkräfte und SozialarbeiterInnen ausländischer Herkunft sind an Schulen, in Kindergärten und Freizeitheimen hingegen die Ausnahme. Das wollen die Grünen ändern.

„Die große Vielfalt der hier lebenden Menschen soll sich auch in der Lehrerschaft und in sozialen Berufen widerspiegeln. MigrantInnen können durch ihren Einsatz in der Schule oder im Freizeitalter viel bewirken. Sie haben eine Vorbildfunktion. Sie zeigen den Kindern: Auch ihr könnt es schaffen“, erläutert Silvia Schön. Die wissenschaftspolitische Sprecherin hat deshalb zusammen mit Zahra Mohammadzadeh, migrationspolitische Sprecherin, ein Acht-Punkte-Papier vorgelegt. Demnach sollen etwa beim Hochschulzugang auch Sprachen wie Türkisch und Russisch als Qualifikationskriterium zugelassen werden. Denn die sind für Lehrkräfte und soziale Berufe mitunter sinnvoller als Englisch. Zudem sollen im Ausland erworbene pädagogische Abschlüsse wenigstens teilweise anerkannt werden. Ein weiterer grundlegender Baustein: Sicherheit in der deutschen Sprache. Daher wollen die Grünen zusätzliche Sprachförderung an den Schulen und fachsprachliche Deutsch-Kurse an den Hochschulen.



„Die Grünen fordern ferner die Ausbildung von Imamen an Universitäten in Deutschland. „Gerade weil Religion den Menschen eine Orientierung bei der Bewältigung ihrer Alltagsprobleme gibt, müssen Imame die hiesigen Verhältnisse kennen. Dafür ist es unverzichtbar, dass sie Deutsch sprechen und hier ihre Ausbildung durchlaufen“, so Zahra Mohammadzadeh.

service & impressum

Fraktion Bündnis 90/
DIE GRÜNEN in der
Bremischen Bürgerschaft
Telefon 0421/3011-0
Telefax 0421/3011-250
E-Mail: fraktion@
gruene-bremen.de
Internet www.gruene-fraktion-bremen.de

V.i.S.d.P.:
Matthias Makosch
Fraktion Bündnis 90/
DIE GRÜNEN
Schlachte 19/20
28195 Bremen

Gestaltung
Designbüro Möhlen-
kamp
Relaunch + Satz
Thomas Kollande
Texte
Matthias Makosch
Fotos
Bilderbox, EU, Antrhin
Simon, Rossukhon
Juan-sang, Matthias
Makosch

Druck: Geffken &
Köllner, Bremen

grün: inhalt

Europawahl Seite 2

Die EU braucht starke Grüne, damit der Klimaschutz vorankommt.

Islam-Papier Seite 4

Der Islam muss eingebürgert werden, damit Integration gelingt.

Schiffswrack Seite 4

Auf grüne Initiative wurde die ‚Wappen von Hamburg‘ gesichert.

grün:Aktion



In den Kunstsammlungen Böttcherstraße befinden sich drei Werke aus der ehemaligen Sammlung des jüdischen Unternehmers Ottmar Strauss, die er auf Druck der Nazis versteigern musste. Für ihren rechtmäßigen Ankauf stellt die Stadt 30.000 Euro bereit. Das wurde während einer Podiumsdiskussion der Grünen bekannt. Die Grünen setzen sich für die Einrichtung eines Fonds ein, mit dem weitere Forschungsarbeiten und mögliche Restitutionsansprüche gedeckt werden könnten.

@ Mehr dazu unter www.gruene-fraktion-bremen.de.

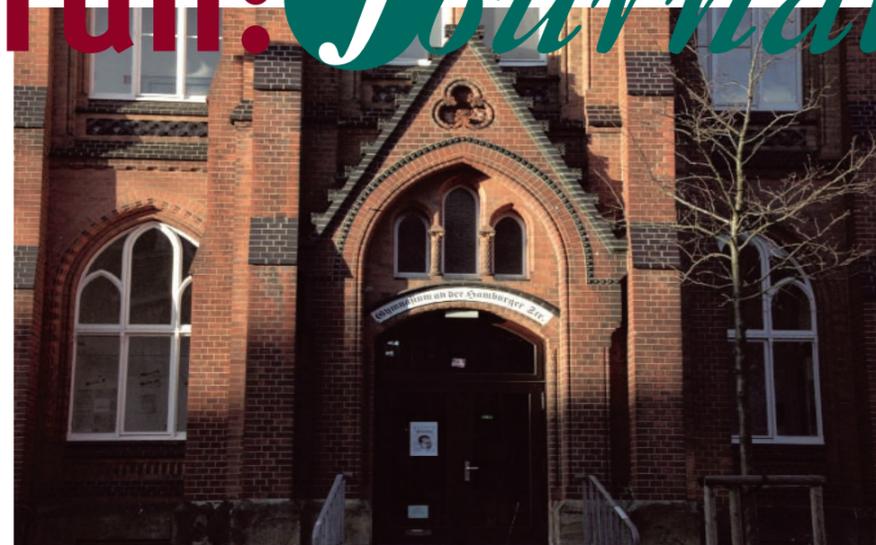
grüne ecke

Ode an Bremen-Nord



„Zum Erhalt des Blumenthaler Freibades liegen heute gleich drei Anträge vor. Ich finde, das ist der Bedeutung von Bremen-Nord angemessen“, so der Vize-Fraktionsvorsitzende Klaus Möhle in der Bürgerschaftsdebatte. Bremen-Nord ist ein wichtiger Bestandteil Bremens und darf bei der Ausstattung keinesfalls untergehen...

grün:journal



Für das Konjunkturpaket ist ein Nachtragshaushalt erforderlich. Die Mittel fließen überwiegend in die Bildung: So erhält das Gymnasium an der Hamburger Straße beispielsweise 628.000 Euro für den Ausbau seiner Mensa.

Nachhaltiges Haushalten ist der Maßstab

Das Konjunkturprogramm bringt die öffentlichen Haushalte weiter in die roten Zahlen. Zugleich gilt ab 2020 die Schuldenbremse. Üppige Steuergeschenke à la FDP und ungehemmte Verschuldung à la Linke sind damit gegenstandslos.

Die rot-grüne Koalition hat einen knapp 118 Millionen Euro umfassenden Nachtragshaushalt verabschiedet. Das entspricht den Konjunkturprogramm-Mitteln, die für Bremer Investitionen in Bildung und energetische Gebäudesanierungen bereit stehen. Davon profitieren beispielsweise 44 Schulen und 16 Kindertagesstätten. Während Bremen einen Anteil von knapp 30 Millionen Euro aufbringt, bezahlt der Bund 89 Millionen Euro.

„Wir erhöhen damit gegen unser erklärtes Ziel unsere Schuldenlast, weil Bremen in dieser Weltwirtschaftskrise bei der Konjunkturbelebung nicht beiseite stehen darf. Vertretbar ist diese zusätzliche Verschuldung aus drei nachhaltigen Gründen: Davon profitieren die Kinder. Die Gebäudesanierung zahlt sich aus. Sie schont das Klima und senkt auf Dauer die Energiekosten. Die Investitionen sichern Arbeitsplätze gerade in kleineren und mittleren Betrieben der Region“, so Hermann Kuhn.

Der finanzpolitische Sprecher der Grünen betont zugleich, dass Nachhaltigkeit der Maßstab im Umgang mit öffentlichen Geldern sein muss – nicht nur beim Konjunkturprogramm, sondern in der Finanzpolitik insgesamt. Schließlich soll sich Bremen wie auch die anderen Bundesländer ab 2020 nicht mehr neu verschulden. Das ist das Ergebnis der Föderalismuskommission II. „Das auf Pump finanzierte Konjunkturprogramm des Bundes und die vereinbarte Schuldenbremse machen allen außer der FDP klar, dass für üppige Steuergeschenke kein Geld da ist. Würde man

die FDP ungebremst machen lassen, wären die Staatsfinanzen wohl in kürzester Zeit ruiniert. Auch die Linke will die Staatsverschuldung unverantwortlich hoch treiben. Dieser Versuchung dürfen wir nicht verfallen, auch wenn wir viele gute Ideen fürs Geldausgeben haben. Denn die Schulden von heute engen morgen den Handlungsspielraum unserer Kinder immer weiter ein“, betont Hermann Kuhn.

Für die Grünen ist klar: Bremen muss den Konsolidierungskurs beibehalten und alle Sparmöglichkeiten ausschöpfen. „Ob wir das Ziel der Schuldenbremse erreichen, hängt aber auch von äußeren Faktoren ab. Auf den Kostenanstieg bei den Sozialleistungen und anderen gesetzlich vorgeschriebenen Leistungen beispielsweise haben wir keinen Einfluss. Wir müssen auch im Land Bremen den BürgerInnen zahlen, worauf sie einen Anspruch haben. Zudem weiß heute letztlich niemand, wie sich die Wirtschaft und damit die Steuereinnahmen entwickeln“, erklärt Hermann Kuhn.

Auch reichen die 300 Millionen Euro Zinsbeihilfen, die Bremen jetzt pro Jahr erhält, nicht zur Deckung der jährlichen Zinslast aus. Der Schuldenberg steigt aufgrund der Zinslast stetig. Bei allen Sparanstrengungen ist Bremen daher nicht in der Lage, Altschulden abzubauen. Ein Ausweg könnte sein, dass Bremen im Finanzausgleichsystem endlich in einer seiner hohen Wirtschaftskraft angemessenen Weise von den hier erwirtschafteten Steuern profitiert. Der Finanzausgleich wird für 2019 neu verhandelt.

„Wappen von Hamburg“: Ende ohne Glanz

Einst war sie Deutschlands größtes Seebäderschiff, jetzt rostet die ehemalige ‚Wappen von Hamburg‘ an der Kaje im Bremerhavener Fischereihafen vor sich hin. Nachdem die Grünen Aufklärung über den Zustand des Wracks verlangt hatten, wurde es kontrolliert. Alle Öffnungen an Bord sind daraufhin verschlossen worden, so dass tonnenweise Treibstoffreste oder auch Asbest nicht aus dem Schiff ins Hafengebiet gelangen können.



„Derzeit geht nach Angaben der zuständigen Behörden keine unmittelbare Gefahr für Mensch und Umwelt von dem Wrack aus. Der Hafenkapitän hat schnell und unbürokratisch gehandelt. Ich erwarte jetzt, dass sich die abgetauchten Eigner endlich ihrer Verantwortung stellen. Es kann nicht sein, dass die öffentliche Hand auf den Kosten für die Entsorgung sitzen bleibt“, betont Frank Willmann, hafenspezifischer Sprecher von Bündnis 90/DIE GRÜNEN.

Ersten Schätzungen zufolge kostet die Entsorgung des Wracks 500.000 Euro. Eigentümerin ist die Mercator Shipping Corporation mit Sitz auf den Jungfernseln. Sie wollte die ehemalige ‚Wappen von Hamburg‘, die von 1966 bis 2006 die Städte Hamburg und Cuxhaven mit Helgoland verband, zu einem exklusiven Kreuzfahrtschiff umbauen. Gestützt von Bankkrediten in Millionenhöhe wurde das in ‚Mercator II‘ umgetaufte Schiff in Bremerhaven zurückgebaut. Ende 2008 wurden die Arbeiten über Nacht eingestellt.

EU muss beim Klimaschutz vorankommen

Merkel & Co. sind vor der Autolobby und den Stromriesen eingeknickt. Sie verwässern die Ziele im Kampf gegen die globale Erderwärmung. Die Grünen wollen die nachhaltige Energiewende und strengere CO₂-Abgaswerte schneller umsetzen.



Die EU muss aus grüner Sicht zur treibenden Kraft im weltweiten Kampf gegen den Klimawandel werden. Zwar hat die EU sich zum Ziel gesetzt, bis 2020 die Treibhausgase um 20 Prozent zu verringern, den Anteil der Erneuerbaren Energien am Energiemix auf 20 Prozent zu steigern und die Energieeffizienz um 20 Prozent zu erhöhen. Aber ob diese Ziele mit dem beschlossenen Klimapaket erreicht werden kann, ist mehr als fraglich. So haben sich die Große Koalition und FDP gemeinsam mit der Autolobby in Brüssel

gegen strengere CO₂-Abgaswerte eingesetzt. „Statt die Hersteller auf einen zukunftsfähigen Kurs zu bringen, wird ihnen in den nächsten Jahren kaum eine Verbesserung der Fahrzeugtechnik abverlangt. Wir wollen rasch einen CO₂-Grenzwert von 120g/km einführen. Das schont das

Klima und angesichts der absehbar steigenden Spritpreise auch den Geldbeutel der Menschen“, betont die energie- und verkehrspolitische Sprecherin Maïke Schaefer.

Um beim Klimaschutz voranzukommen, kämpfen die Grünen für bessere Gesetze. „Wir wollen etwa das Top-Runner-Prinzip durchsetzen. Damit würden die energieeffizientesten Geräte einer Produktklasse zum Maßstab, den alle vergleichbaren Produkte innerhalb einer festen Frist erreichen müssen“, erläutert Maïke

Schaefer. Auch die EU-Richtlinie zur Gebäudesanierung soll weiterentwickelt werden. Durch Wärmedämmung bietet sich gerade bei Wohngebäuden ein enormes Potenzial, um den Energieverbrauch drastisch zu senken. Das zahlt sich langfristig für die Menschen aus. Darüber hinaus machen sich die Grünen für den regulierten Wettbewerb auf dem Energiemarkt stark. Die VerbraucherInnen sollen nicht Monopolisten ausgeliefert sein, sondern echte Wahlmöglichkeiten haben.

Die Grünen wollen zudem den Ausstieg aus der riskanten Atomkraft vorantreiben. Die Laufzeit von Atomkraftwerken darf nicht unter dem Deckmantel des Klimaschutzes verlängert werden. Bisher gibt es keine Endlagerstätten für Atommüll. Sicher ist bei der Atomkraft nur das Risiko. „Wir wollen den EURATOM-Vertrag, der die Atomenergie fördert, durch einen Vertrag für Erneuerbare Energien ersetzen“, so Maïke Schaefer.



Verbraucherrechte stärken

Die Menschen müssen umfassende Informationen erhalten, um bei der Produktauswahl eine echte Wahlfreiheit zu haben.

Europa braucht starke Grüne, damit der Verbraucherschutz verbessert wird. Bislang werden ihre Interessen noch zu wenig berücksichtigt. Beispiel Gentechnik: Die gestiegene Nachfrage nach gesunden Nahrungsmitteln zeigt, dass die meisten VerbraucherInnen weder Gentechnik noch Chemie auf dem Teller haben wollen. „Gentechnisch veränderte Lebensmittel sind in der EU zwar mittlerweile kennzeichnungspflichtig. Eine Lücke besteht aber immer noch bei Milch, Eiern und Fleisch, die mit Hilfe gentechnisch veränderter Futtermittel produziert werden. Wir kämpfen dafür, dass die VerbraucherInnen umfassend informiert werden und eine echte Wahlfreiheit haben“, betont die Verbraucherschutzpolitische Sprecherin Karin Mathes.

Einhergehen muss damit eine Neuausrichtung der europäischen Agrarpolitik. Statt weiter die industrialisierte Landwirtschaft mit Massentierhaltung, Monokulturen und Pestizideinsatz zu fördern, setzen sich die Grünen für die nachhaltige Anbauweise und

Ökolandbau ein. Davon profitieren zugleich der Klimaschutz und die Umwelt.

Auch bei Finanzdienstleistungen muss der Verbraucherschutz mehr in den Blickpunkt rücken. Das hat die Finanzmarktkrise gezeigt, in der KleinanlegerInnen hohe Verluste durch die Zockerei von Spekulanten erlitten haben. „Wir brauchen eine europäische Banken- und Finanzaufsicht, die den Unternehmen bei ihren grenzüberschreitenden Finanzdienstleistungen auf die Finger schaut“, so Karin Mathes.

Zudem pochen die Grünen auf den besseren Schutz von Kindern. So muss die neue Spielzeugrichtlinie erheblich nachgebessert werden. Denn die Grenzwerte für chemische Giftstoffe sind unzureichend. „Gefährliche Weichmacher haben in Spielzeug nichts verloren. VerbraucherInnen müssen sich darauf verlassen können, dass Kinderspielzeug ungefährlich ist“, so Karin Mathes.

„Wir brauchen europäische Erzählungen“

Da sich die Menschen nicht in den Binnenmarkt verlieben, muss die Kultur der EU eine Seele geben. Der interkulturelle Dialog bietet die Chance zum Zusammenwachsen, erläutert die Europaabgeordnete Helga Trüpel in ihrem Gastbeitrag.

Die Europäische Union ist eine Erfolgsgeschichte der Friedenssicherung seit dem Zweiten Weltkrieg. Ihre Mitgliedsländer haben es durch den gemeinsamen Binnenmarkt zu mehr Wohlstand gebracht. Auf der Tagesordnung steht, wie man europäische und nationale Sozialpolitik so verknüpft, dass es gerecht zugeht auf den europäischen Arbeitsmärkten.

Aber wenn es um die Frage geht, was die Europäische Union zusammenhält, ist klar, dass Markt und Friedenssicherung alleine nicht (mehr) ausreichen. Die Menschen werden sich nicht in den Binnenmarkt verlieben, auch wenn er für die Wirtschaftsentwicklung wichtig war und wichtig sein wird. Was die EU zusammenhält, was uns verbindet und was uns trennt, müssen wir uns immer wieder erzählen. Das ist ein wichtiger Teil der europäischen Kulturpolitik, Europa eine Seele zu geben. Wir haben in den vielen Kriegen gegeneinander auf unserem Kontinent, seit

dem Massenmord an den Juden und dem eisernen Vorhang vieles erlebt an Verbrechen, Unterdrückung, Ungerechtigkeit. Seit dem Fall der Mauer hat die EU die Chance, neu zusammenzuwachsen und sich neu zu erfinden. Das verlangt viel politische und persönliche Reflektionsarbeit und Arbeit an dem gemeinsamen Projekt Europa. Groß sind die Unterschiede zwischen West und Ost, zwischen Nord und Süd, zwischen den ehemaligen Siegermächten und den Verlierern. Wir müssen die Totalitarismen von Nationalsozialismus,

Gastbeitrag

Stalinismus und Faschismus aufarbeiten und eine neue Zukunft bauen. Ohne europäische Erzählungen, ohne Literatur, ohne europäische Filme wird das nicht gelingen.

Darum ist es richtig, dass die EU Europäische Filme fördert mit dem Media Programm. Es ist richtig, dass wir kulturelle Begegnungen, den Austausch von Kulturgütern, Austausch von Künstlern und Städtepartnerschaften fördern. Und wir fördern den interkulturellen Dialog mit dem europäischen Kulturprogramm. Die



Bürger der EU werden durch diese Programme mehr Möglichkeiten haben, den kulturellen Schatz der EU, die kulturelle Vielfalt in unseren 27 Mitgliedsstaaten kennenzulernen.

Die EU taugt nicht zum Sündenbock

Die bisher geringe Beteiligung an den Wahlen liegt auch daran, dass manche PolitikerInnen aus Kalkül die Europa-Skepsis schüren: Hierzulande wettern sie gegen das, was sie in Brüssel mitbeschlossen haben.

Die Beteiligung an den Europawahlen ist bislang vergleichsweise gering gewesen. Was sich deshalb ändern sollte, erläutert der europapolitische Sprecher Hermann Kuhn im Interview.

Medien beschreiben die EU oft als bürokratisches Monster. Das hält die Menschen sicher auch von den Urnen fern. Stimmt der Vorwurf?

Da beklagen JournalistInnen etwas, was sie selbst herbeischreiben. Die EU-Verwaltung ist kein ‚Monster‘. Sie ist viel effektiver als andere Verwaltungen, die ich kenne. Die EU lohnt sich: Ohne die europäische Integration gäbe es weder Frieden noch Wohlstand, weder Freiheit noch Sicherheit.

Manchmal hat man den Eindruck, Doppelzüngigkeit sei eine EU-Amtssprache: Hier geriert sich der Bundesarbeitsminister als Verfechter eines sozialen Europa, dort will er die Wochenarbeitszeit ausdehnen. Tragen Politiker selbst zur EU-Verdrossenheit bei? Doppelzüngigkeit ist keine EU-Amtssprache, sondern eine nationale Sprache. Wenn etwas nicht gefällt, wird gesagt: Das kommt aus Europa. Wenn etwas gut läuft, wird es an die eigene Brust geheftet.

Die Grünen stehen dafür, dass man Politik aus einem Guss macht und gemeinsame Beschlüsse auch gemeinsam vertritt.

Was muss sich ändern, damit sich die Menschen mehr mit der europäischen Politik identifizieren und zur Europawahl gehen?

Die Parteien sollten ihren Wahlkampf mit europäischen Themen betreiben und nicht zum zweiten Aufguss des Bundestags-Wahlkampfes machen. Eine wesentliche Verbesserung kann durch die Verabschiedung des Lissabon-Vertrages erreicht werden: Weil er Elemente

direkter Demokratie wie den BürgerInnen-Antrag vorsieht, weil das EU-Parlament mehr Rechte erhält und weil damit die Charta der Grundrechte verbunden ist. Diese gibt den BürgerInnen umfassende Rechte gegenüber dem Handeln der EU-Institutionen. Außerdem müssen sich auch die Verbände in Deutschland und anderen Mitgliedsstaaten klar werden, wie sehr ihre Entscheidungen von der Europäischen Union geprägt sind. Entscheidend ist aber ebenso die umgekehrte Frage, wie die Menschen europäischer werden können? Meine Antwort lautet: Indem sie am 7. Juni zur Wahl gehen.

Kein fauler Kompromiss zur Arbeitszeit

Die Grünen wollen ein soziales Europa. Dazu gehört, die wöchentliche Höchstarbeitszeit zu begrenzen. In der neuen EU-Arbeitszeitrichtlinie muss aus grüner Sicht eine wöchentliche Höchstarbeitszeit von durchschnittlich 48 Stunden festgelegt werden. Schließlich dient das dem Gesundheitsschutz der Beschäftigten. Überarbeitete und übermüdete ArbeitnehmerInnen können Fehler mit weitreichenden Folgen machen, was es zu vermeiden gilt. Die Verringerung der Arbeitszeiten eröffnet zudem Perspektiven für flexible Modelle, mit denen Arbeits-

losigkeit bekämpft und die bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie erreicht werden kann.

Die schwarz-rote Bundesregierung setzt sich indes vehement für einen faulen Kompromiss ein. Der zuständige Bundesarbeitsminister Olaf Scholz ist der Auffassung, dass den Beschäftigten auch Wochenarbeitszeiten von 60 Stunden und mehr zugemutet werden können. Das ist ein Schlag ins Gesicht der ArbeitnehmerInnen. Diesen sozialen Rückschritt auf dem Rücken der Menschen wollen die Grünen verhindern.

Stichwort Das Europaparlament

Bremen wählt Europa
Am 7. Juni sind rund 375 Millionen Wahlberechtigte aus 27 Mitgliedsstaaten aufgerufen, das Europäische Parlament zu wählen. Die UnionsbürgerInnen bestimmen dann, wer sie die nächsten fünf Jahre in Straßburg und Brüssel vertreten soll. Das Parlament setzt sich aus 785 Abgeordneten zusammen. Die Bundesrepublik wird durch 99 direkt gewählte Abgeordnete vertreten. Derzeit sind die Grünen mit 43 Abgeordneten aus 14 Ländern die fünfstärkste Fraktion im Europäischen Parlament.

Mit dem Maastrichter Vertrag von 1992 erhielt das Europäische Parlament die Befugnis, Gesetze gemeinsam mit dem Europäischen Rat zu verabschieden. Eine erweiterte Kontrollgewalt erhielt es durch das Recht, Untersuchungsausschüsse einsetzen zu dürfen. Gemeinsam mit dem Rat kann das Parlament über die Finanzen der EU entscheiden.